

Entwurf für das Schreiben zur psychotherapeutischen Versorgung in Wuppertal

Offener Brief an:

An: Frau Krautmacher, KV, KV Herrn Volkmar Absawu, Die Qualitätszirkel der KV KK, Gesundheitsamt, Herrn Zöllmer, Bell, Bialas, Jung, Frauenausschuss, Gleichstellungsstelle, Bärbel Mittelman, Dr. Kühn, Landesauschuss, Bundesausschuss, Ministerium für Gesundheit Land und Bund, Gesundheitsminister Bahr, Frau Merkel, Grüne, Petitionsausschuss, Bundesregierung, Dr. Lauterbach, Patientenvertretung

Unzureichende psychotherapeutische Versorgung in Wuppertal

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die Fachgruppe Beratung in Lebensfragen, sind Fachleute der psychosozialen und beraterischen Versorgung in Wuppertal (siehe Liste im Anhang). Wir stellen seit dem letzten Jahr verstärkt fest, dass eine zeitnahe Vermittlung von Klientinnen und Klienten an niedergelassene PsychologInnen und PsychotherapeutInnen für Erwachsene, Kinder und Jugendliche zunehmend schwieriger wird.

Die niedergelassenen PsychologInnen und PsychotherapeutInnen in Wuppertal haben inzwischen Wartezeiten zwischen sechs und zwölf Monaten. Die durchschnittliche Wartezeit auf ein Erstgespräch beträgt in NRW 13,8 Wochen. Vorgespräche und Neuanmeldungen werden immer seltener angenommen.

Auch in Wuppertal finden Menschen in psychosozialen Krisen kurzfristig keine angemessene Unterstützung mehr. So verschlimmern und chronifizieren sich die psychosomatischen und psychischen Erkrankungen. ArbeitnehmerInnen sind immer häufiger aus diesem Grund arbeitsunfähig. Bei der Frühverrentung stehen die psychischen Erkrankungen laut Aussage der KV Wuppertal auf Platz drei. Viele Menschen fallen so aus ihren Arbeitsbezügen und ihr Selbstwertgefühl nimmt ab. KlientInnen, die sich auf die Suche nach einer Psychotherapie machen, sind in der Regel hoch motiviert. Insbesondere KlientInnen, die schwer traumatisiert sind, können die Absage nicht verkraften, sie sind enttäuscht, verzweifelt, reagieren mit Unmut und Ärger. Viele nehmen eine solche Absage persönlich, sie geben spätestens nach mehr als drei Versuchen auf. Diese langen Wartezeiten sind für Menschen mit psychischen Erkrankungen mittlerweile unzumutbar geworden. Viele werden dann stationär behandelt, nehmen Medikamente und die Suche nach einer ambulanten Anschlussbehandlung ist für viele wiederum vergeblich.

Für uns BeraterInnen der Wuppertaler Beratungsstellen heißt das, dass die KlientInnen, die in psychosozialen Krisen zu uns kommen und in therapeutische Behandlung weitervermittelt werden müssten, über eine lange Zeit unversorgt bleiben. Sie können in der großen Zahl nicht weiter in den einzelnen Beratungsstellen unterstützt und begleitet werden. Einerseits ist die Beratungskapazität schon durch die Klientel, für die die Arbeit finanziert wird, mehr als ausgeschöpft und andererseits

beschneiden die Sparmaßnahmen der Stadt zusätzlich die Kapazität in einigen Beratungsstellen.

Durch das Fehlen an Behandlungsplätzen und die wachsende Zahl an Menschen, die einen Therapieplatz suchen, nimmt die Unterversorgung in Wuppertal weiter zu.

Es gibt eine bundesweite Initiative von Dr. Joachim Galuska der Heiligenfeld Kliniken zur psychosozialen Lage in Deutschland. Demnach leiden ca. 30 % der Bevölkerung innerhalb eines Jahres an einer diagnostizierbaren psychischen Störung. Der Anteil der psychischen Erkrankungen an der Arbeitsunfähigkeit nimmt seit 1980 kontinuierlich zu und beträgt inzwischen 15 – 20 Prozent. Auch Kinder, Jugendliche und ältere Menschen leiden immer mehr an psychischen Erkrankungen.

Die Statistiken der Krankenkassen haben in den letzten Jahren darauf hingewiesen, dass die psychosozialen und psychischen Erkrankungen wie Depressionen, Ängste, Burn-out aber auch Essstörungen und Persönlichkeitsstörungen überdimensional gestiegen sind. Das heißt, es werden mehr Behandlungsplätze benötigt. In Wuppertal spiegelt sich diese Situation sehr deutlich wider, u.a. auch aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit, der Verschuldung der Stadt und der hohen Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Bedarfsplanung, die 43 Psychotherapeuten je 100.000 Einwohner für Wuppertal, Kreistyp 1, vorsieht, ist durch den Anstieg psychischer Erkrankungen völlig überholt und bedarf einer grundlegenden Reform (siehe PTK-Newsletter 1/2011 der Psychotherapeutenkammer NRW). Zudem ist bei der realen Bedarfsplanung nicht berücksichtigt worden, dass viele niedergelassene PsychologInnen und TherapeutInnen nur in Teilzeit arbeiten und ihr volles Stundenkontingent von 6-8 KlientInnen pro Tag gar nicht ausschöpfen. Die meisten Niedergelassenen rechnen weniger Therapiesitzungen mit der KV ab, manche sogar nur zwei im Monat. Nach Angabe der kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein versorgt in Wuppertal eine TherapeutIn 2.577 Menschen.

Mit einem Schlüssel von 114,5 % wäre Wuppertal demnach sogar aus Sicht der KV überversorgt. Die KV wies allerdings darauf hin, dass dieser Schlüssel aufgrund der oben genannten Gründe aber nur rein rechnerisch gilt. Real ist Wuppertal wie auch andere deutsche Städte extrem unterversorgt.

Wir, die Fachgruppe Beratung in Lebensfragen, sind aufgrund dieser schwierigen Situation sehr in Sorge. Wir haben Sie mit diesem Brief jetzt über die belastenden Zustände informiert. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich in Ihren Gremien für eine schnelle Veränderung der Situation und damit für ein neues GKV-Versorgungsstrukturgesetz einsetzen würden.

Wir fordern Sie auf, sich dafür einzusetzen, dass der Schlüssel für die Bedarfsplanung der tatsächlichen Bedarfslage angepasst wird und es keinen weiteren Abbau psychotherapeutischer Praxen gibt.

Wir brauchen dringend und schnell eine bessere ambulante Versorgung für psychisch Kranke in Wuppertal.

Mit freundlichen Grüßen

Lydia Seidel und Sabine Böse
für die Fachgruppe Beratung in Lebensfragen